

«Ich erhoffe mir mehr Kontrolle, Transparenz und Pluralismus»

Interview Barbara Jehle, info@weissmagazin.li Foto Barbara Jehle

Die Politikzufriedenheit ist in Liechtenstein leicht sinkend aber noch relativ hoch – meint Christian Frommelt. Die Demokratiedefizite wie die 8-Prozent-Sperrklausel und die mangelhafte Kontrolle der Exekutive sollten rasch in Angriff genommen werden, um das Vertrauen in die Politik zu stärken.

WEISS An welchem Schräubchen würden Sie drehen, um die Demokratie zu stärken?

Christian Frommelt Mit Blick auf das Wahlsystem war mir immer schon die Höhe der Sperrklausel ein Dorn im Auge. Sie ist für kleine Parteien eine stete Bedrohung. Es ist nicht auszuschliessen, dass das Parlament bei den nächsten Wahlen wieder nur aus zwei Parteien besteht. Das wäre aus demokratiepolitischen Überlegungen sicher schlecht. Eine Senkung der Sperrklausel würde vor allem die Repräsentation des Wählerwillens verbessern und den derzeit vertretenen Parteien eine langfristige Perspektive eröffnen.

Aus dieser Logik heraus ist es schlecht, dass die Grossparteien fast identisch positioniert sind.

In den meisten Ländern mit einem Zwei-Parteien-System lassen sich die Parteien gut unterscheiden. Unsere beiden Grossparteien platzieren sich dagegen in der Mitte und versuchen von dort, alle möglichen Ideologien abzudecken. In einer pluralistischen Gesellschaft ist dies aber nur bedingt möglich. Auf der anderen Seite wird in Liechtenstein das freie Mandat gelebt, was die fehlende Vielfalt zu einem gewissen Grad kompensiert. Zudem ist es für WählerInnen auch möglich, einzelne KandidatInnen zu streichen, um so die persönliche Einstellung auszudrücken.

Es stellt sich die Frage, ob die WählerInnen stets über das Parlamentarier-Profil Bescheid wissen.

Das ist bestimmt nicht immer einfach. Einerseits verzichten viele Abgeordnete auf klare Positionen, um potenzielle WählerInnen nicht abzuschrecken. Andererseits fehlen in Liechtenstein die Instrumente, um die Positionen der Parlamentarier abzubilden. Hierzu bräuchte es ein stärkeres Engagement der Medien und der Forschung.

Ist nicht ein Spektrum von Links bis Rechts wünschenswert?

In den meisten europäischen Staaten gibt es ein solches Spektrum. Das zeigt, dass die Nachfrage da ist. Aus demokratiepolitischer Sicht sind deshalb klare Positionen der Abgeordneten und ein Parteien-Pluralismus auch in Liechtenstein zu begrüssen.

Gibt es ein Bedürfnis nach einer klar rechten Partei?

Das kann man aus der Wahlanalyse nicht herauslesen. Die Grossparteien haben sich eigentlich immer leicht rechts von der Mitte positioniert. Entsprechend überrascht es nicht, dass neben den Grossparteien mit der FL zuerst eine klar links positionierte Partei den Einzug in den Landtag schaffte.

Auf der rechten Seite gibt es aber durchaus ein gewisses Potential. Dies zeigt auch der Blick in die Schweiz: Die FDP, die ähnlich zur Liechtensteiner FBP eher rechts der Mitte steht, hat ca. 17 Prozent Wähleranteil, während die weiter rechts politisierende SVP fast 30 Prozent Wähleranteil erzielt.

Ein grosser Anteil an NeuwählerInnen haben FL gewählt – weil Junge progressiv sind?

Ich sehe keine Anzeichen, dass heutige Jugendliche speziell progressiv sein sollten. Bei NeuwählerInnen geht die Lockerung der Parteienbindung wohl einfach schneller vonstatten. Bei den aktuellen Wahlen hat die Unzufriedenheit mit der Regierung zudem als Katalysator gewirkt.

Unmittelbar nach den Wahlen wurde der Zuwachs bei der Freien Liste als Protest interpretiert.

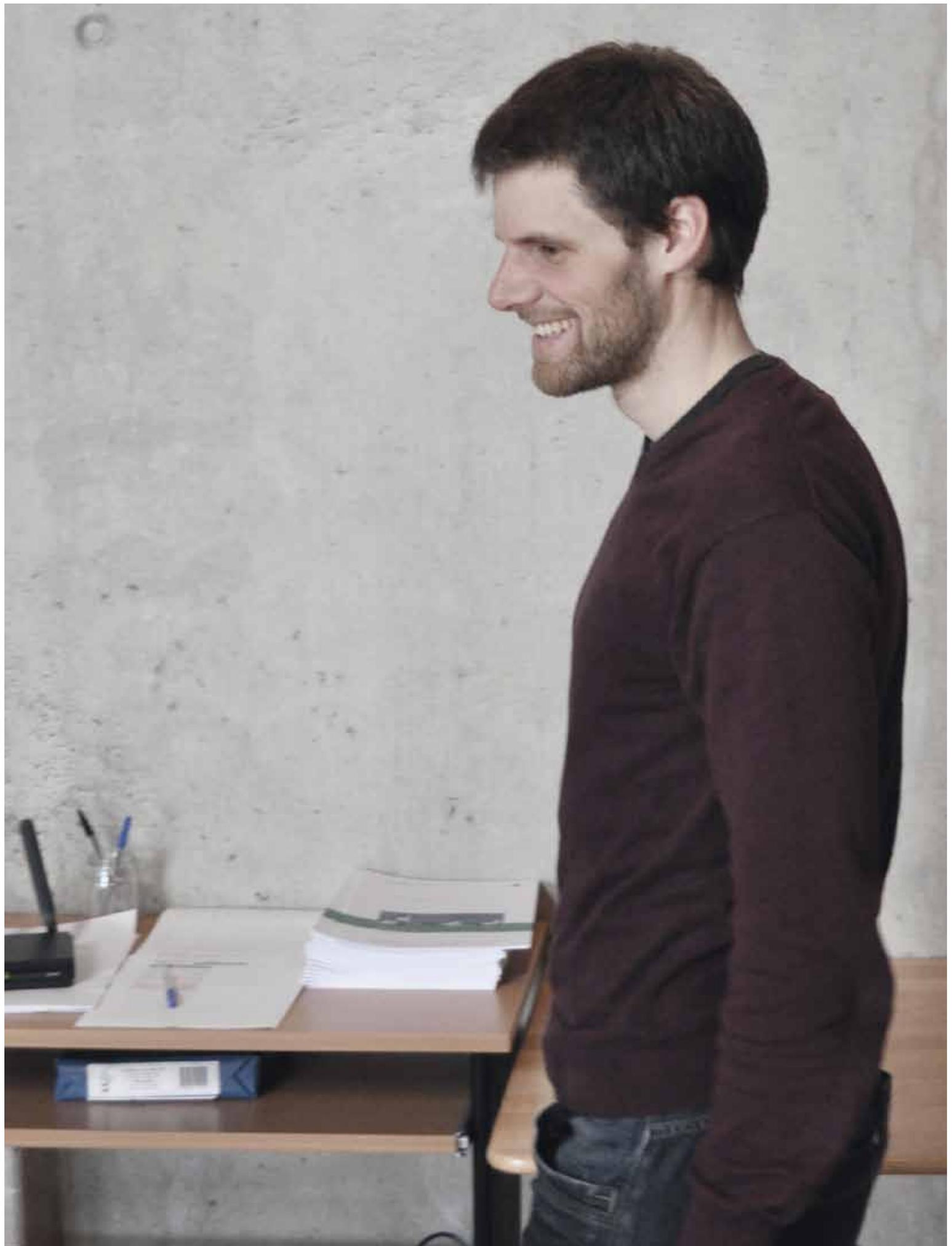
Ich denke, dass der Anteil der Protestwähler bei der Freien Liste eher gering ist. Die Freie Liste hat ein breites Programm und ist mittlerweile eine etablierte Partei. Wer bloss eine Alternative zu den beiden Grossparteien sucht, hat wohl eher DU gewählt, welche stärker auf die Parteienverdrossenheit setzte.

Mit Emotionen gewinnt man Wahlen ...

... DU hat Emotionen geschürt und dadurch viele Stimmen gewonnen. Auch die VU konnte vor vier Jahren mit dem Versprechen, sich gegen den Druck auf den Liechtensteiner Finanzplatz zu stemmen, Emotionen wecken. Dieses Mal haben die beiden Grossparteien dagegen einen sehr sachlichen – inhaltlich vorsichtigen – Wahlkampf geführt. DU brachte also ein anderes Element ein.

Wie haben Sie den Wahlkampf der FL wahrgenommen?

Sehr engagiert. Mit der Anzahl an Kandidierenden konnte sie nicht wirklich



«DU hat Emotionen geschürt und so viele Stimmen gewonnen.»

überzeugen, aber mit deren Präsenz; es war ein taktisch guter Schachzug, dass die FL Regierungskandidaten gestellt hat. Ich frage mich jedoch, weshalb es nur zwei waren und nicht ein ganzes Team bestehend aus lauter LandtagskandidatInnen.

Wäre von der FL erwartet worden, dass sie mehr die Oppositionsrolle einnimmt?

In den Debatten der Regierungschefkandidaten ist dies der FL gut gelungen. Die FL hat aber inzwischen den Bonus einer neuen politischen Erscheinung verloren. Sie muss sich heute als etablierte Partei verkaufen – auch mit einem gewissen Machtanspruch. Die FL kann nicht mehr nur polarisieren und die Opposition betonen, sondern muss eine Perspektive eröffnen. Die Idee einer kleinen Koalition ist in unserem Denken noch nicht wirklich angekommen, gewinnt aber immer mehr Sympathien.

Die Nachwahlbefragungen ergeben immer wieder, dass bei den Grossparteien das Programm irrelevant ist. Ist Klarheit sogar gefährlich?

Ich würde nicht sagen, dass die Grossparteien kein Programm haben. In den Wahlbroschüren der Grossparteien lassen sich durchaus Positionen finden. Die Grossparteien stellen diese Inhalte aber nicht ins Zentrum. Ferner haben sie das Problem, dass sie als Mitte-Parteien alles abzudecken versuchen und so oft zum kleinsten gemeinsamen Nenner neigen.

Das Regierungsteam war laut Analyse bei diesen Wahlen nicht so bedeutsam.

Die von Wilfried Marxer durchgeführte Nachwahlbefragung zeigt tatsächlich, dass bei diesen Wahlen der Wahlscheid stärker als bei früheren Wahlen durch das Landtagsteam einer Partei sowie deren Programm beeinflusst wurde. Auch die Tradition spielte eine geringe Rolle. Für die kleinen Parteien ist dies sicher eine positive Entwicklung. Die Nachwahlbefragung zeigt aber auch, dass eine Partei alle diese Faktoren bedienen muss, um die Wahlen zu gewinnen.

Lässt sich in Liechtenstein eine politische Tendenz erkennen?

Vieles hängt davon ab, wie sich DU etabliert. Es ist offen, ob wieder alle vier Gruppierungen zu den nächsten Wahlen antreten oder sich – beispielsweise durch eine Aufspaltung der DU – eine fünfte Gruppierung bildet. Es ist auch möglich, dass sich die Parteien künftig stärker programmatisch ausrichten oder den einzelnen KandidatInnen mehr Spielraum lassen. Einzig klar ist, dass der Anteil an WechselwählerInnen zunimmt.

Grundsätzlich gegen eine Idee sein, nur weil sie von der «falschen» Partei kommt, also der Parteienhickhack, ist wohl endlich out.

Sie haben vorher die Emotionen angesprochen: Für die beiden Grossparteien wird es in der Tat immer schwieriger, sich auf dieser Ebene voneinander abzugrenzen. Im Wahlkampf haben beide Landeszeitungen versucht, Unterschiede zwischen den Parteien aufzuzeigen, die meiner Ansicht nach keine waren. Das hat die Parteienverdrossenheit wohl noch ver-

stärkt. Die Parteien werden aber weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Dies ist auch nötig. Die Partei sichert eine Arbeitsteilung zwischen den ParlamentarierInnen und erleichtert die gemeinsame Positionsfindung. In der Politik muss man nun mal zu einer Entscheidung gelangen und hierfür sind die Parteien von zentraler Bedeutung. Dies gilt umso mehr bei knappen Mehrheitsverhältnissen.

Sie sprachen einmal von einigen gravierenden Demokratiedefiziten: Wo orten Sie diese vor allem?

Insbesondere bei der Sperrklausel und der Parteienfinanzierung. Die Sperrklausel verstösst gegen den Grundsatz der Wahlgleichheit und steht somit sogar im Konflikt mit der Verfassung. Mit Blick auf die Parteienfinanzierung ist vor allem die geringe Transparenz bei privaten Spenden zu kritisieren. Sowohl die Sperrklausel als auch die Parteienfinanzierung unterbinden die Chancengleichheit der Parteien und erhöhen so die Gefahr einer einseitigen Repräsentation. Der neue Landtag ist hier gefordert. Noch nicht erwähnt habe ich den Landesausschuss. Nach meiner Meinung ist es auch problematisch, dass der Landtag jedes Jahr geschlossen wird und für drei Monate handlungsunfähig ist, ehe er wieder von einem Exekutiv-Vertreter eröffnet wird.

Wie frei fühlt sich der Landtag? Das mögliche Veto des Fürsten wirft über ihn einen Schatten.

In seiner Meinungsfindung ist der Landtag grundsätzlich frei. Die Politik verlangt aber die Einbindung möglichst vieler Interessen – insbesondere diejenigen der Vetospieler – eine Rolle, die in Liechtenstein vor allem dem Fürsten und dem Volk zukommt. Als das zentrale Organ der repräsentativen Demokratie hat der Landtag aber eine besonders hohe Legitimation. Er kann deshalb seine Position durchaus mit viel Selbstvertrauen vertreten und dabei auch eine politische Blockade – wie wir sie derzeit beim Thema Schwangerschaftskonflikt erleben – riskieren. Nach meiner Meinung sollte sich der Landtag gegenüber dem Fürstenhaus zu einem gewissen Grad auch als Kontrollorgan behaupten. Der Fürst hat als Staatsorgan konkrete Aufgaben, an welchen er zu messen ist. Ver-

fassungsrechtlich unterliegt er zwar keiner Rechenschaftspflicht. Dies schliesst aber nicht aus, dass seine Handlungen kritisch begleitet werden können.

Ist es eigentlich eine Aufgabe des Fürsten, seine Meinung zu vertreten?

Ich sehe seine Rolle eher als die einer Integrationsfigur nach innen und des Repräsentanten nach aussen. Diese Rolle bedingt jedoch, dass sich der Fürst nicht zu stark in den öffentlichen Meinungsbildungsprozess einmischet. Als Staatsoberhaupt hat er andere Möglichkeiten, auf den politischen Prozess einzuwirken.

Welche? Ist es «sauber», wenn der Fürst PolitikerInnen aufs Schloss bittet und dort, ohne Protokoll, auf sie einwirkt?

Informelle Verhandlungen sind ein permanenter Bestandteil der Politik. In parlamentarischen Systemen fällt dabei dem Staatsoberhaupt eine wichtige Rolle zu, da das Staatsoberhaupt meist nicht ein unmittelbarer Repräsentant des politischen Establishments ist. Allerdings bedingt diese Auslegung den Verzicht auf eine aktive Verbreitung der eigenen Meinung. Zudem sollte ein Staatsoberhaupt den politischen Prozess nur blockieren können, wenn dieser gegen die Verfassung verstösst.

In Liechtenstein besteht hier also ein gewisser Handlungsbedarf?

Zweifellos gehen die Kompetenzen des Fürsten in Liechtenstein weit über die für ein Staatsoberhaupt üblichen Kompetenzen hinaus. Das Demokratiedefizit in Bezug auf das Fürstenhaus ist nur eines von vielen, ich möchte mich darauf nicht versteifen. Demokratie ist etwas Lebendiges, eine ständige Auseinandersetzung. Mit der Sperrklausel und der Parteienfinanzierung habe ich dabei schon zwei Aspekte genannt, die auch Gegenstand von verschiedenen Evaluationen des Europarats sein werden. Mir ist es wichtig, dass wir dies nicht als Angriff auf Liechtenstein betrachten, sondern als Chance, uns aktiv mit unserer Verfassung auseinander zu setzen.

Letztlich geht es im Demokratisierungsprozess um mehr Chancengleichheit.

Ja, und zwar in all ihren Facetten: Chancengleichheit der Wahlkreise, der Partei-

en, der Gesinnungen, der Geschlechter usw. Noch ist die Demokratiezufriedenheit in Liechtenstein relativ hoch. Dies kann sich allerdings rasch ändern. Umso wichtiger ist es für die beiden Grossparteien, die kleineren Gruppierungen einzubinden. Dies gilt auch für die Medien.

Es braucht also weniger den Blick auf die Sache, als auf das System?

Ja, auch. Der Landtag darf sich nicht nur auf Sachfragen konzentrieren, sondern muss auch Visionen für Liechtenstein skizzieren. Und selbstverständlich muss er sich mit den Grundpfeilern des politischen Systems auseinandersetzen. Der letzte Landtag hat beispielsweise eine neue Geschäftsordnung verabschiedet. Die Auseinandersetzung darüber erfolgte aber weitgehend hinter verschlossenen Türen und liess zentrale Erkenntnisse der Politikwissenschaft über die Arbeitsweise und Struktur eines Parlaments unberücksichtigt. Bei aller Kritik ist es mir aber auch wichtig, auf die Stärken unseres Systems zu verweisen. Die Verfassungsgerichtsbarkeit und die direkte Demokratie sind dabei nur zwei Beispiele. Generell bietet die Kleinräumigkeit Liechtensteins eine grosse Chance, um demokratische Standards zu etablieren. Ich erhoffe mir deshalb in den nächsten vier Jahren mehr Kontrolle, Transparenz und Pluralismus.

Herzlichen Dank für das interessante Gespräch Herr Frommelt!

Zur Person

Christian Frommelt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Liechtenstein Institut. Er hat die Resultate der von Wilfried Marxer erhobenen Nachwahlbefragung analysiert. Die beiden Politologen haben die Resultate in den letzten Wochen mit Diskussionsveranstaltungen der Öffentlichkeit vorgestellt.
